

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 01

Februar - März 2013

Jahrgang 42

VOITH-Papier-Technologie-Center vor dem aus?

VOITH-Beschäftigte 2004 zur Fehlinvestition genötigt

Bereits im Januar 2004 titelte die TURBINE (siehe www.DKP-Heidenheim.de Archiv -Januar 2004-) „PTC in Heidenheim - für die Stadt und Region ein Gewinn“ und vermerkte kritisch, dass nicht alles Gold ist was glänzt.

Der damals für die VOITH-Papier-Forschung (pf) zuständige Leiter Dr. Meinecke war bei den Einweihungsfeierlichkeiten 2006 der rund 40 Mio. Euro teuren Investition nicht mehr dabei. Seine kritischen Hinweise wurden nicht nur überhört, sie wurden von den damaligen Visionären einfach in den Wind geschlagen.

Heute existiert ein überzogener Forschungsbau der weder auszulasten noch finanzierbar scheint.

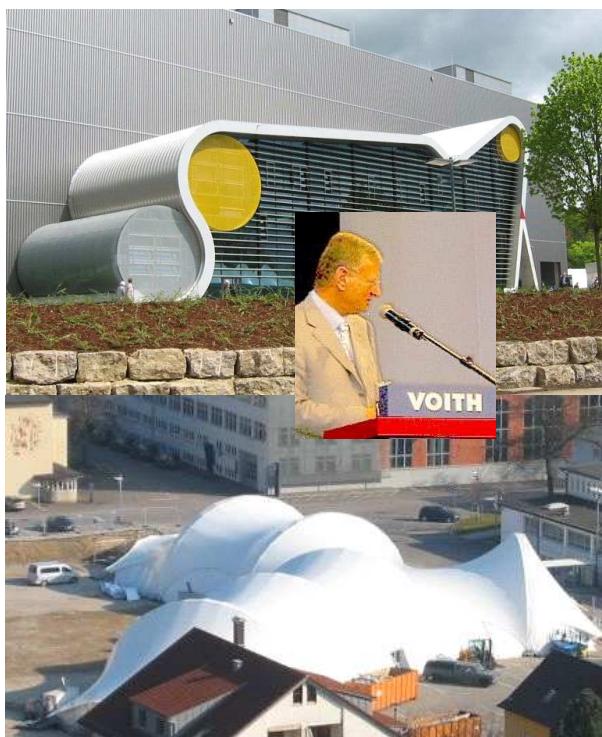
Dass gerade im sensibelsten Bereich der Forschung und Entwicklung bei VOITH ein so dramatischer Einbruch erkennbar ist, kann nicht allein dem Weltmarkt angelastet werden. Die Dr. Meinecke-Nachfolger, insbesondere Dr. Solinger, haben heute an dieser Entwicklung eine besondere Mitverantwortung.

Der damals zuständige Konzernchef Dr. Kormann, der 2008 mit ungewöhnlich hohen Ehren und mit einem millionenschweren Festmahl von VOITH (siehe www.DKP-Heidenheim.de Archiv -April 2008-) in den Ruhestand verabschiedet wurde, zeichnete damals für VOITH verantwortlich.

Nicht nur das Papier-Technologie-Center scheint im Sand zu sitzen. Ein von „Visionär“ Dr. Kormann geplanter überdimensionierter Glas/Metall-Rundbau mit Namen „Head-

quarters“ wanderte aus Kostengründen und mangelnder Planungssicherheit, veranlasst von seinem Nachfolger Dr. Lienhard, zu Recht und umgehend in den Papierkorb.

Arbeiter und Angestellte bezahlen die Zeche doppelt



Doppelt, weil der Bau des PTC in Heidenheim mit 3,5 Mio. Euro von den VOITHianern mitfinanziert wurde.

3,5 Mio. für die Zusage der Kormänner, eben nicht in Sachsen sondern den Standort Heidenheim zu wählen.

Erbracht wurden diese 3,5 Mio. durch einen Lohn/Gehaltsverzicht von 2%, einer unbezahlten Arbeitszeitverlängerung von täglich 7 auf 7,5 Stunden, einer Kürzung der freiwilligen Schichtzulage und Zeitgutschriften als Rentenbausteine. Das war der erste Investitionszuschuss der Beschäftigten der heute noch wirkt. Und doppelt deshalb, weil nun den zweiten Zuschuss diejenigen tragen, die mit Arbeitsplatzverlust und Existenzangst, Versetzungen und möglicher Abqualifizierung rechnen müssen.

Rückforderungen müssen auf die Tagesordnung

Es ist sicherlich nicht einfach, diejenigen, die Investitionsverantwortung von Millionen Euro tragen, zur Verantwortung zu ziehen. Herrschafts- und Rechtspositionen aber, ob im Betrieb oder in der Gesellschaft, sind falsch. Sie müssen im Sinne der Arbeiterklasse geändert werden.



Demokratische Bürgerrechte sichern und ausbauen - die DKP bleibt dran!

Noch rechtzeitig vor ihrer Abwahl im Jahre 2011 hat die Mappus CDU/FDP Landesregierung ein wichtiges demokratisches Bürgerrecht in der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg abgeschafft. In § 81 GemO war es bis 2005 vorgesehen, dass der Entwurf der Haushaltssatzung nach ortsüblicher Bekanntgabe an sieben Tagen öffentlich auszuliegen ist. Einwohner und Abgabepflichtige konnten bis zum Ablauf des siebenten Tages nach dem letzten Tag der Auslegung Einwendungen gegen den Entwurf erheben.

Dieses Einwohnerrecht, einen Entwurf des Haushaltsplanes einzusehen um Einwendungen zu machen, ist klammheimlich abgeschafft worden.

Politisch interessant war, dass über fristgemäß erhobene Einwendungen der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu beschließen hatte. Dieses Recht war einmalig, denn zu keinem Zeitpunkt und zu keinen anderen Themen hatten die Einwohner der Stadt überhaupt Gelegenheit Einwände zu formulieren, die dann vom Gemeinderat öffentlich beraten und beschlossen werden mussten.

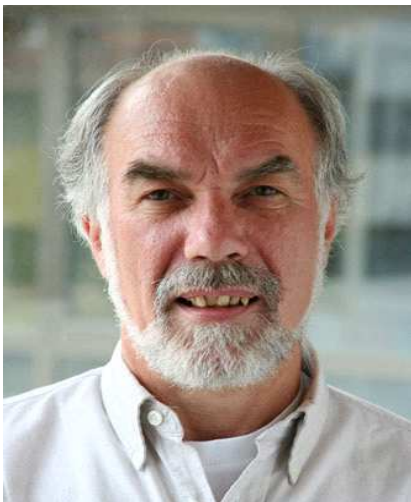
Stadtrat R. Püschel hat nachgehakt und eine eigenständige Einwohnerbeteiligungssatzung im Gemeinderat beantragt.

Wir hoffen, die Fraktionen im Gemeinderat stehen zu ihnen, mit großer Begeisterung vorgetragenen, transparenten und demokratischen Vorstellungen ihrer Gemeinderatsarbeit.

Die von der DKP initiierte Beteiligungssatzung geht über TV Übertragungen hinaus. Sie sichert den Bürgern mehr direktes demokratisches Handeln zu. ★



DKP Stadtrat Püschel: „Stadtwerke Heidenheim AG Geheimniskrämerei sondergleichen“



Stadtrat
Reinhard Püschel

Mit meinem Schreiben vom 7. Februar 2013 bat ich die Geschäftsleitung der Stadtwerke AG Heidenheim um die Beantwortung einiger Fragen. Dabei ging es mir im Wesentlichen darum herauszufinden, wie viele Heidenheimer Bürger im letzten Jahr ihre Strom-, Gas- oder Wasserrechnungen nicht bezahlen konnten. Ich wollte auch wissen, ob und wie vielen Bürgern der Strom, das Gas oder das Wasser abgeschaltet wurde. Stromabschaltung ist in Heidenheim nichts Neues. Meistens bei Menschen mit prekärer Beschäftigung.

Ich denke, dass ich als Stadtrat und letztendlich auch die Öffentlichkeit ein Recht auf diese Informationen habe. Die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser gehört zur grundlegenden Versorgung eines jeden Menschen. Die Stadtwerke AG Heidenheim gehört zu 100 Prozent der Stadt Heidenheim. Auch eine Aktiengesellschaft hat sich an grundlegende Menschenrechte zu halten.

Die Antwort der Stadtwerke AG auf meine Fragen: „...können wir Ihnen aus datenschutzrechtlichen Gründen keine statistischen Auskünfte ... erteilen“, halte ich für eine Geheimniskrämerei sondergleichen. ★

Veranstaltung der DKP Heidenheim mit Anne Rieger

ehemals 2. Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen und
Landessprecherin der VVN-BdA von Ba.-Wü. Heute Mitglied der KPÖ

„Rosa Luxemburg Gegen Krieg und Militarismus“

Sonntag, den 10. März 2013 um 10:00 Uhr
Gasthaus Grüner Kranz -Voithsiedlung



Rosa Luxemburg 5.3.1870-15.1.1919

Metalltarifrunde 2013

Vertrauensleute beginnen die Aussprache zu den Lohn- /Gehaltsforderungen in den Betrieben

Schon zu Beginn des Jahres 2013 hat in der Öffentlichkeit eine Debatte über die Forderung für die Metalltarifrunde begonnen. Es ist an der Zeit, die Debatte nicht weiter der Öffentlichkeit zu überlassen. Jetzt sind die betrieblichen Vertrauensleute gefragt, die Lohn- u. Gehaltsdebatten in den Betrieben zu organisieren.

Erste wichtige Termine

Es geht Schlag auf Schlag. Bereits am 04. März 2013 will der IGM-Vorstand den regionalen Tarifkommissionen eine Forderung empfehlen. Am 15. März will der Vorstand, nach Aussprache in den Tarifkommissionen, die Tarifforderung beschließen. Es ist also höchste Zeit aus den Betrieben heraus Forderungen zu entwickeln, damit die Lohnleitlinie von Oben die Beschäftigten da Unten nicht enttäuschen.

Der Forderungsparameter

Geht es um die Höhe der Forderungen stehen uns zur Beurteilung folgende Grunddaten zur Verfügung:

die Preissteigerungsrate + die Produktivitätssteigerung + eine Umverteilungsrate = unsere Forderung.

Preise und Produktivität scheinen unbestritten, wobei bereits bei den Preisen eine Rate zugrunde gelegt werden muss, die sich aus den Preisen des täglichen Bedarfs (z.B. Mieten, Energiekosten, Grundnahrungsmittel, Ge-

sundheitskosten usw.) ergibt. Die Umverteilungsrate richtet sich nach der Entwicklung des Verhältnisses der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit zu den Einkommen der Selbständigen am Volkseinkommen. Diese Rate fehlt. Die Feststellung, dass Arme immer ärmer und Reiche immer



reicher werden, muss auch mit der Tarifpolitik zu Gunsten der werktätigen Menschen gerade mit einer so genannten Umverteilungsrate verbessert werden. Über diese drei Faktoren muss in den Betrieben aufgeklärt und diskutiert werden.

Wo stehen IGM Vorstand und Bezirksleitung Stuttgart?

Nehmen wir die Aussagen von IGM-Chef Huber, dass wir unsere Wettbewerbssituation mit überdimensionierten Forderungen nicht nach unten drücken dürfen und die von IGM Bezirksleiter Hoffmann, dass an der Inflations- und Produktivitätsrate festzuhalten sei, ernst, dann müssen die Tarifforderungen aus den Betrie-

ben von den IG-Metall-Vorständen gewaltig nach unten korrigiert werden. Aber kein Beschäftigter noch seine Gewerkschaft können verantwortlich für die europäische Konjunkturpolitik gemacht werden. Deshalb müssen, gemessen an den boomenden Exportüberschüssen und den exzellenten Gewinnerwartungen, den steigenden Produktivitäten und Arbeitszeiten, die Lohn- und Gehaltsforderungen deutlich über denen des letzten Jahres liegen.

Untere Einkommen kräftig anheben

In vielen Funktionärsversammlungen wird dies z.Z. diskutiert. Von der Verwaltungsstelle Esslingen der IG Metall gibt es ein Papier „Debatte um Strukturkomponente/Festbetragsforderung-Gründe für eine Strukturforderung“, das die Prozentabschlüsse kritisiert, weil sie sich negativ auf die Mobilisierung auswirken. Dort heißt es u.a.: „Vielmehr ist bei sehr vielen Beschäftigten mit höherem Einkommen, gleich ob Mitglied oder nicht, ein großes Verständnis für überdurchschnittliche Erhöhungen unterer Entgeltgruppen. ... so trifft die Teuerung bei Alltagsgütern, insbesondere alles was mit der Erhöhung der Energiepreise verbunden ist, Haushalte mit niedrigem Einkommen viel stärker als Haushalte mit höherem Einkommen.“ Konsequenterweise wurde dann auf der Delegiertenversammlung eine Strukturforderung beschlossen: 6,5%, mindestens 180 Euro bei 12 monatiger Laufzeit. ★

„Wir betrachten die Arbeitszeitverkürzung als ein zentrales, wenn nicht das zentrale Instrument im Kampf gegen Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung und erwarten eine solche Haltung auch von den Gewerkschaftsführungen. Wir sind uns bewusst, dass es keine einfache Aufgabe ist, aber wir setzen uns dafür ein, den Kampf für Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten bei vollem Personal- und Entgeltausgleich wieder aufzunehmen und wollen entsprechende Initiativen in den Gewerkschaften vorantreiben. Nur über eine massive Arbeitszeitverkürzung und die dadurch zu erzwingende Neueinstellung von Erwerbslosen können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig verändert werden.“

Aus Schlusserklärung des Gewerkschaftspolitischen Ratschlags vom 22./23. September 2012



2. Königsbronner Gespräche

Was der Spitzendiplomat und Allianz-Versicherungs-Lobbyist Ischinger unter dem Titel „Münchner Sicherheitskonferenz“ organisiert, das verkauft MdB Kiesewetter, Oberst a.D. und Präsident der 3000 Reservistenkameradschaften unter dem Titel „Königsbronner Gespräche“. Ischinger ist zuständig für die Zusammenarbeit von Militär, Politik und Rüstungsbetrieben, für optimale und effektive Rüstungsproduktion und für einen effizienten Einsatz von Soldaten in aller Welt. Kiesewetter ist zuständig für die zivile militärische Zusammenarbeit im Innern unserer Republik. Seine Aufgabe ist es, Kriegsvorbereitungen im Innern salonfähig zu machen, um das Stimmungsbild für weltweite Kriegseinsätze in der Bevölkerung zu verbessern. Beide ergänzen sich. Beide Veranstaltungen zählen zu der Kategorie Rüstungs- und Kriegsvorbereitung. Die einfachste Kriegsformel ist: Die Aggressionen nach Außen verlangen die Zustimmung im Innern.

Nicht umsonst werden honorige Referenten aus dem zivilen Bereich wie Dr. Zollitsch (Bischofkonferenz), und Dr. Weise (Bundesagentur für Arbeit) aufgeboten.



Sie spielen in dieser Veranstaltung den Transmissionsriemen zwischen den Kriegseinsätzen der Bundeswehr und unserer friedliebenden Zivilgesellschaft.

Die Zielgruppen, die Oberst a.D. Kiesewetter bei dieser Veranstaltung erreichen will, sind seine Mitglieder in den Reservistenkameradschaften der Region sowie die Mandatsträger in den Gemeindeparlamenten und Landkreisen. Auch örtliche Einrichtungen wie die Freiwillige Feuerwehr, das Technische Hilfswerk u.a. müssen vor Ort helfen die neue Strategie der „Sicherheitspolitik“ handlungsfähig zu machen. Es geht nicht um Kirche und Arbeitsmarkt, es geht nicht um Kanzel und Arbeitsamt, es geht um Rekrutierung, um Bewusstmachung und Zustimmung für Kriegseinsätze in unserer Zivilgesellschaft.

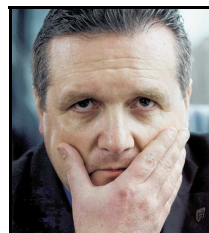
Angesichts dieser Kriegs-Kumpanei bleibt nur, den Protest weit in die Gesellschaft hinein zu tragen und nicht nachzulassen in unseren Warnungen vor der wieder steigenden Kriegsgefahr. Sie schicken ihre Propagandisten jetzt in die Arbeitsämter und Schulen, um unsere Jugend von der Notwendigkeit dieses blutigen Geschäfts zu überzeugen. Darauf gibt es nur eine Antwort: Sagt Nein. Das ist kein Beruf für Jugendliche. Kriegsmäßiger Mord und Totschlag sind keine Berufsperspektive für sie, und zum Brunnenbauen brauchen wir nicht die Bundeswehr. Wir sagen „Nein“ zur Militarisierung unseres Denkens.



Nie wieder CDU!

Notheis-Mappus-Müller- usw.- CDU

Nicht einmal sauber, geschweige denn Beisenrein konnte CDU-Mappus seine Regierungsgeschäfte übergeben. Jetzt ist der Skandal da. Mit dem Verstoß gegen die Landesverfassung im ENBW-Deal, seinem persönlichen Du'z-Freundschafts-Tächtel-Mächtel mit der Großfinanz-Marionette Notheis, hat die ihm stets das Vertrauen aussprechende CDU von Berlin bis Heidenheim ihren Vertrauensbonus für alle Zeiten verspielt. Auch sein Intimus CDU-Müller, Vorsitzender im Untersuchungsausschuss, hat ausgepokert. Müller hat seine Verpflichtung zur Neutralität mit Füßen getreten und so seinem Kumpel Mappus einen Freundschaftsdienst erwiesen. Die Dauerregierungspartei CDU hat ihr CDU-Parteiwohl und den Freundschaftsdienst



Mappus wollte keine Spuren hinterlassen. Aus seinem Büro-Computer ließ er die Festplatte ausbauen. Foto:HZ laif



Im Lokschuppen hatte die CDU ihren Jahresempfang ausgerichtet. Unser Bild zeigt den Referenten Dr. Dirk Notheis, Vorstandsvorsitzender der Morgan Stanley AG (Mitte) mit (von links) der CDU-Kreisvorsitzenden und EU-Abgeordneten Dr. Inge Gräbke, CDU-Fraktionsprecher Uwe Wiedmann, MdL Bernd Hitzler und dem zukünftigen Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter. Foto: rw

höher gewichtet als die von ihr selbst immer betonten Bürger- und Landesinteressen. Das umstrittenen Bahnprojekt Stuttgart 21 und der Polizeieinsatz mit über 100 Verletzten am „Schwarzen Donnerstag“, den 30. Sept. 2010 lassen grüßen. Dem CDU-Mappus, so titelte die Presse, sei durch die Abwahl die politische Höchststrafe erteilt worden. Nein! Eine Abwahl kann die politische Höchststrafe sein. Wer aber als Politiker täuscht und trixt, wer als Politiker gegen die Landesverfassung verstößt und es noch zu vertuschen versucht, gehört ins Gefängnis. Die CDU ist politisch beschädigt, die Menschen im Lande aber haben den finanziellen Schaden zu tragen. Wie heißt doch die Vereidigungsformel der Politiker bei ihrem Mandatsantritt: Schaden abzuwenden und den Nutzen zu mehren. Die Fragen aber: Schaden abwenden - von wem? Und Nutzen mehren - für wen? sind erlaubt. Und sie müssen auch den Christdemokraten in Heidenheim gestellt werden.



Ostermarsch 2013
Karsamstag 30. März Stuttgart

